

Zufluß von ADI 1994: (Mrd. US\$)

| Land | Mrd. US\$ | % |
|----------------|-----------|------|
| Hongkong/Macao | 20,2 | 59,8 |
| Taiwan | 3,39 | 10,0 |
| Japan | 2,08 | 6,2 |
| Singapur | 1,18 | 3,5 |
| Südkorea | 0,72 | 2,1 |
| Thailand | 0,20 | 0,6 |

Quelle: Xinhua News Agency, Beijing, in English, 6.4.95, nach SWB, 19.4.95; Hong Kong Trade Development Council, nach AWSJ, 12./13.5.95).

Durch diese Investitionen haben sich die Aktivitäten im Außenhandel zwischen China und seinen asiatischen Nachbarländern intensiviert. In einem Artikel im *Asian Wall Street Journal* vom 12./13.5.95 wird nochmals auf die Zusammenhänge zwischen Investitionen und Außenhandelsverflechtung hingewiesen. So würden nach dem Bau von Produktionsstätten i.d.R. von den Auslandsunternehmen Maschinen und auch oft Rohstoffe eingeführt. Nach einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren begännen die Unternehmen mit Auslandskapital dann, einen Großteil ihrer Produktion zu exportieren. Aufgrund der Deviseneinnahmen erhöhten sich wiederum die Möglichkeiten Chinas, mehr Produkte zu importieren. Die herausragende Rolle der Auslandsunternehmen spiegelt sich in ihrem Anteil von rd. einem Drittel an den Im- und Exporten wider.

Der Blick auf die Anteile Chinas am Außenhandel seiner Nachbarstaaten zeigt allerdings mit Ausnahme von Hongkong noch einen relativ geringen Anteil, der jedoch dem *Asian Wall Street Journal* nach schnell zunimmt.

Prognosen der Asia Pacific Economics Group zufolge wird China bei einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9% im Jahr zum größten Handelspartner von Südkorea, Taiwan, Vietnam und Rußland werden. Vorausgesetzt wird ferner, daß sich die Ausfuhren nach Japan verdoppeln werden, so daß China dann rd. ein Fünftel zum japanischen Import beitragen wird. Für die asiatischen Länder wird China eine wichtige Stütze bei Fortsetzung ihres schnellen Wirtschaftswachstums werden, so die Prognose.

DIRECT FOREIGN INVESTMENT TO EAST ASIAN COUNTRIES

| (US\$b) | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
|-------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| China | 1.7 | 1.9 | 2.3 | 3.2 | 3.4 | 3.5 | 4.4 | 11.2 | 27.5 | 33.8 |
| Indonesia | 0.3 | 0.3 | 0.4 | 0.6 | 0.7 | 1.1 | 1.5 | 1.8 | 2.0 | 4.0 |
| Japan | 0.6 | 0.2 | 1.2 | -0.5 | -1.1 | 1.8 | 1.4 | 2.7 | 0.1 | 0.1 |
| Korea | 0.2 | 0.4 | 0.6 | 0.9 | 0.8 | 0.7 | 1.1 | 0.6 | 0.5 | 1.3 |
| Malaysia | 0.7 | 0.5 | 0.4 | 0.7 | 1.7 | 2.3 | 4.0 | 5.2 | 5.2 | 5.1 |
| Philippines | — | 0.1 | 0.3 | 0.9 | 0.6 | 0.5 | 0.5 | 0.2 | 0.8 | 1.7 |
| Singapore | 1.0 | 1.7 | 2.8 | 3.7 | 2.9 | 5.6 | 4.9 | 6.7 | 6.8 | 5.5 |
| Thailand | 0.2 | 0.3 | 0.4 | 1.1 | 1.8 | 2.4 | 2.0 | 2.1 | 1.7 | 2.2 |
| Taiwan | 0.3 | 0.5 | 0.7 | 1.0 | 2.4 | 2.3 | 1.8 | 1.5 | 1.2 | 1.6 |
| Hong Kong | 0.3 | 0.3 | 0.3 | 0.3 | 0.3 | 0.3 | 0.2 | 0.3 | 0.3 | 0.3 |
| Vietnam | — | — | — | — | 0.2 | — | 0.7 | 0.7 | 1.0 | 1.4 |
| Total | 5.3 | 6.2 | 9.4 | 11.9 | 13.7 | 20.5 | 22.5 | 33.0 | 47.1 | 57.0 |

Source: Asia Pacific Economics Group

SCMP Graphic

Quelle: SCMP, 9.5.95.

Außenhandel der asiatischen Nachbarländer in Prozent*

| Land | Exporte | Importe |
|-------------|---------|---------|
| Australien | 4,3 | 4,8 |
| Hongkong | 33 | 38 |
| Indonesien | 2,9 | 3,3 |
| Japan | 4,8 | 9,7 |
| Malaysia | 3,5 | 2,3 |
| Neuseeland | 2,9 | 2,5 |
| Philippinen | 1,8 | 2 |
| Singapur | 2,3 | 2,5 |
| Südkorea | 6,7 | 4,3 |
| Thailand | 2,1 | 2,4 |

* Daten beziehen sich auf die ersten neun Monate des Jahres 1994.

Quelle: IMF, nach AWSJ, 12./13.5.95.

Während China für die wirtschaftlich höher entwickelten Länder wie Japan, Singapur, Südkorea, Taiwan und Hongkong als Produktionsstandort aufgrund der niedrigen Kosten von Interesse ist, müßten die weniger entwickelten Nachbarländer zukünftig stärker mit China um Auslandsinvestitionen in Konkurrenz treten. Der Wettbewerb um diese Investitionen führe dazu, so der Bericht der Asia Pacific Economics Group, daß diese Länder ihre Investitionsbedingungen stärker anpassen und ihre Wirtschaft stärker liberalisieren müßten.

Das Engagement in China berge jedoch für die Nachbarn auch eine Reihe von Risiken. Sollte der wirtschaftliche Aufstieg nicht gelingen, dann würden davon die auslandchinesischen Investoren besonders betroffen sein, die wiederum in den Nachbarländern eine ökonomi-

sche Schlüsselstellung innehaben. Damit könnten negative Rückwirkungen auf inländische Projekte, die diese Unternehmer in ihren neuen Heimatländern verfolgen, verbunden sein.

Wie groß die Investitionsströme nach China im Vergleich zu den asiatischen Nachbarn waren, zeigt die folgende Abbildung. Während 1985 erst Direktinvestitionen mit einem Volumen von 1,7 Mrd. US\$ nach China flossen, stieg dieser Betrag bis 1994 auf 33,8 Mrd. US\$. Insgesamt war Ostasien das Ziel für rund 60% aller Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer. -schü-

Binnenwirtschaft

*(24)

Terminhandel mit Staatsanleihen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt

Die chinesische Börsenoberaufsicht (China Securities Regulatory Commission = CSRC) setzte dem noch im Experimentierstadium befindlichen Terminhandel mit Schatzobligationen am 18.5.1995 ein vorläufiges Ende. Alle Wertpapierhändler in den 15 Handelsplätzen wurden aufgefordert, bestehende Termingeschäfte durch Verhandlungen bis zum 31.5.95 abzuwickeln. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 18.5.95, nach SWB, 25.5.95; CD, 31.5.95)

Nach Angaben der *China Daily* sollen bis Ende Mai in Shanghai mehr als 6.000 Investoren für rd. 710.000 Wertpapierkontrakte, d.h. 60% der Termingeschäfte, entschädigt worden sein. Der

Nennwert eines Vertrages beträgt 20.000 Yuan und umfaßt 200 Schatzobligationen mit einem Nominalpreis von 100 Yuan pro Stück. Um die Frist für die Abwicklung der Termingeschäfte bis zum 31.5. einzuhalten, führte die Shanghaier Wertpapierbörse am 30.5.95 eine spezielle Veranstaltung außerhalb der Börse durch, bei der 160.000 Kontrakte aufgelöst wurden. Für noch nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden die Verhandlungspreise des 31.5.95 als Basis festgesetzt. (CD, 31.5.95)

Die Wertpapierbörse Shenzhen forderte die Börsenmitglieder am 25.5.95 ebenfalls dazu auf, ihre Positionen innerhalb von drei Tagen zu klären. Die Börse kündigte an, verbleibende Kontrakte nach dem 30.5.95 auf der Grundlage der Durchschnittspreise der vorangegangenen Geschäfte abzuwickeln. (AWSJ, 26.5.95)

Hintergrund für die Aussetzung des Renten-Terminhandels sind mehrfach aufgetretene Verstöße einzelner Marktteilnehmer gegen die Börsenbestimmungen. In dem Rundschreiben der CSRC vom 17.5.95, mit dem der weitere Terminhandel untersagt wurde, heißt es u.a., daß China noch nicht die notwendigen Bedingungen für den Terminhandel mit Schatzobligationen aufweise. Um die Reform und die außenwirtschaftliche Öffnung zu schützen, die wirtschaftliche und soziale Stabilität zu sichern und die gesunde Entwicklung der Finanzmärkte zu bewahren, habe die CSRC die landesweite Aussetzung des Terminhandels beschlossen. (Xinhua News Agency, in English, 17.5.95, nach SWB, 20.5.95)

Bereits am 20. Februar d.J. war der Handel an der Shanghaier Börse vorübergehend ausgesetzt worden, da die Shanghai International Securities Co (SISCO) in den letzten acht Minuten des Börsenhandels eine extrem hohe Anzahl von Kontrakten verkauft hatte, um dadurch den Preis zu drücken. Die Shanghaier Börse erklärte jedoch den Handel für nicht gültig, da SISCO offensichtlich mehr Kontrakte als erlaubt gehalten hatte, und forderte von SISCO die Abwicklung ihrer Position durch Verhandlungen. Ursache des überhitzten Handels im Februar war die Nachricht, daß nur ein Teil der diesjährigen Emission von Staatsanleihen handelbar sein würde und Gerüchte, daß der Staatsrat eine zusätzliche Zinsanhebung für die 1993 emittierten Wertpapiere als Inflationsausgleich beschließen würde.

Als Folge der Unregelmäßigkeiten durch SISCO wurden die Restriktionen an der Wertpapierbörse in Shanghai in Form von Höchst- und Niedrigstpreisen verschärft und die Menge der Kontrakte, die jeder Investor halten durfte (pro Investor 30.000 Kontrakte: XNA, 17.5.95), neu festgesetzt. Experten zufolge sollen diese Beschränkungen beim Auftreten der erneuten Unregelmäßigkeiten im Mai d.J. das Schadensausmaß begrenzt haben.

Am 11.Mai d.J. mußte die Shanghaier Börse erneut einschreiten. So waren an diesem Tag 570.000 Kontrakte eines bestimmten Wertpapiers mit einem Gesamtvolumen von 92,7 Mrd. Yuan gehandelt worden. Nach Angaben der CSRC hatten einige Händler, die ihre Verluste aus dem Februar-Geschäft kompensieren wollten, erneut zu hohe Positionen aufgebaut, um damit den Markt zu manipulieren. (SCMP, 21.5.95) Zwar wurde der Handel zunächst am 15.5.95 an der Shanghaier Börse wieder aufgenommen, doch letztlich war der Imageschaden wohl so groß geworden, daß das Wertpapierkomitee beim Staatsrat das Experiment mit dem Terminhandel einige Tage später völlig unterband.

Noch wenige Wochen zuvor war von offiziellen Vertretern des Finanzministeriums der Terminhandel mit Schatzobligationen trotz der extremen Spekulationen als positiv bewertet worden. So hätte die Einführung des Renten-Terminhandels die Entwicklung des Rentenmarktes gefördert, dem Markt größere Liquidität zugeführt und den Wertpapierhändlern die Möglichkeit erlaubt, sich durch Termingeschäfte mit Rentenpapieren vor Verlusten zu schützen. (SCMP, 21.5.95)

Die chinesischen Wertpapierhändler sind mit der Entscheidung der CSRC verständlicherweise nicht zufrieden, da hierdurch ihre Aktivitäten beträchtlich eingeschränkt werden. Nach Einschätzung von Jiang Dengfu vom Shanghaier Wertpapierhaus Shenyin, das zu den größten Händlern zählt, kam die unbefristete Aussetzung des Terminhandels eher überraschend. Es sei nicht damit gerechnet worden, daß die Regierung eine derartig drastische Maßnahme ergreifen würde. Jiang zufolge wirke diese Entscheidung als ein negatives Signal hinsichtlich der weiteren Marktentwicklung in China. Der Terminhandel dürfe nicht als Experiment behandelt, sondern müsse unter einer langfristigen Perspektive gesehen werden. (FT, 19.5.95) -schü-

*(25)

Ansturm auf die Aktienmärkte zeigt Ausmaß des vagabundierenden Spekulationskapitals

Nach der Aussetzung des Renten-Terminhandels flossen freiwerdende Finanzmittel in die Aktienmärkte. In Shanghai stieg der Aktienindex von 582,88 Punkten am 17.5.95 auf 763,51 Punkte am 18.5.95 um rd. 31%. Am 18.5.95 betrug das Transaktionsvolumen 8,36 Mrd. Yuan, im Vergleich zum Vortag ein Anstieg um das 54fache. Auch an der Aktienbörse in Shenzhen erhöhte sich der Index beträchtlich, und zwar um mehr als 23% an einem Tag. Das Transaktionsvolumen erreichte eine Rekordhöhe von 3,708 Mrd.Yuan. (XNA, 19.5.95)

Das *Asian Wall Street Journal* berichtet in einem Artikel am 26.5.95 im Zusammenhang mit dem Zustrom von Finanzkapital in die Aktienbörsen über den erstaunlichen Umfang des vagabundierenden Geldes ("hot money") in China. Schätzungen zufolge soll sich das Volumen des Spekulationskapitals auf rd. 30 Mrd.US\$ bzw. auf fast ein Zehntel der Einlagen im System der Staatsbanken belaufen. Dieses Kapital sei ständig auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten mit solchen Gewinnaussichten, die über der Inflationsrate liegen würden.

Das vagabundierende Kapital, über das zum überwiegenden Teil intermediäre Finanzinstitute verfügen, wird dem *Asian Wall Street Journal*-Bericht nach als Spekulationsmasse in den Aktienbörsen sowie in den Warentermin- und den Rentenmärkten eingesetzt. Verwendung finde dies Geld auch für Kredite auf dem grauen Markt, auf dem Kreditzinsen von 30% oder das Doppelte der offiziellen Zinssätze genommen würden.

Daß es in China ein derart hohes Volumen von Spekulationskapital gebe, sei auf das unfertige Stadium der Finanzmarktreformen zurückzuführen. So existiere neben offenen Kapitalmärkten ein auffälliges staatliches Bankensystem, das niedrige festgelegte Einlagen- und Kreditzinsen anbiete. Bei einer Inflation von rd. 20% würden die privaten Haushalte und Unternehmen ihr Geld jedoch lieber anderweitig mit höheren Gewinnen anlegen.

Als weiterer Grund für die extreme Spekulation wird die oftmals fehlende Verantwortlichkeit der Beschäftigten in

den Unternehmen genannt, die für die Geldanlage zuständig sind. So komme ein Teil des Spekulationskapitals aus staatseigenen Unternehmen und Regierungsverwaltungen, die bei Verlusten die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft ziehen würden.

Nach Einschätzung eines Experten vom Shanghaier Wertpapierhaus HG Asia Ltd. wirke die Spekulation nicht als Schmiermittel, sondern dominiere die Kapitalmärkte. Auch könne nicht von einer effizienten Kapitalallokation gesprochen werden, sondern der Zustrom von Spekulationskapital habe lediglich destabilisierende Wirkungen.

Weiterhin weist das *Asian Wall Street Journal* in seinem Beitrag darauf hin, daß die rund 100 intermediären Treuhand- und Investmentunternehmen, die an der Spitze der Spekulation ständen, Einlagen aus dem Bankensystem abziehen würden. Während das Vermögen dieser Unternehmen Ende 1993 noch 257 Mrd. Yuan betragen habe, sei dies bis März 1995 auf bereits 434 Mrd. Yuan (52 Mrd. US\$) angestiegen. Ein Teil dieses Kapitals komme von Unternehmen, die eher an kurzfristigen Gewinnen als an anderen Zielen wie Produktionsausweitung etc. interessiert seien. -schü-

*(26)

"Auch Marktwirtschaft bedarf der Kontrolle"

Vor dem Hintergrund der hohen Inflation und dem Bemühen der Regierung, die wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten, hat die politische Führung in den letzten Wochen mehrfach auf eine aktive Rolle des Staates in der Marktwirtschaft hingewiesen. Beispielsweise betonte der Minister für Binnenhandel, Chen Bangzhu, in einer Rede in Shenyang (Provinz Liaoning) Mitte Mai d.J., daß Marktwirtschaft nicht bedeute, daß jeder tun und lassen könne, was er wolle. Die Aufhebung der Kontrolle über die Märkte bedeute nicht, daß die Regierung eine Laissez-faire-Politik betreibt (im englischen Text der Xinhua-Nachrichtenagentur heißt es hier "A market economy is not a free economy. Decontrolling the market does not mean taking a hands-off policy"). Das höhere Tempo der Wirtschaftsentwicklung mache gerade eine angemessene Kontrolle der Märkte und der wichtigsten Waren erforderlich. Um die Preise stabil zu halten und die Inflation einzuschränken, müsse die Regierung die

Preisentwicklung der wichtigsten Waren stärker kontrollieren. Chen forderte weiterhin, daß die Umstrukturierung der staatseigenen Handelsunternehmen im Zentrum der Bemühungen stehen müsse, da hierdurch die Reform des Handelssystems insgesamt gefördert würde. Weiterhin müßten die administrativen Rahmenbedingungen für Märkte verbessert, die Ordnung im Binnenhandel wiederhergestellt und die Markttransaktionen standardisiert werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 12.5.95, nach SWB, 13.5.95)

Bei einer Inspektionsreise Li Lanqings (stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des ZK-Politbüros) nach Tianjin, bei der die Einhaltung der Preisdämpfungsmaßnahmen der Regierung im Mittelpunkt stand, wurde ebenfalls auf die aktive Rolle des Staates in der sozialistischen Marktwirtschaft hingewiesen. Zwar glaubten manche, so Li Lanqing, daß in einer sozialistischen Marktwirtschaft die Regierung eine vollständige Deregulierung verfolgen und den Markt spontan sich selbst regulieren lassen sollte. Dies Verständnis von sozialistischer Marktwirtschaft sei jedoch falsch, vielmehr müsse die Regierung eine wirksame Regulierung und Kontrolle durch ökonomische, rechtliche und administrative Mittel praktizieren. Auch würden staatliche und kollektive Handelsunternehmen eine wichtige Rolle im Handel spielen. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 8.5.95, nach SWB, 10.5.95)

Nach wie vor wird die hohe Inflation als eines der größten Probleme von der Regierung betrachtet. Offiziellen Angaben zufolge betrug der Anstieg der Verbraucherpreise im April im Vergleich zum Vorjahresmonat 20,7%, ein leichter Rückgang gegenüber dem März-Wert (Basis März 1994) von 21,3%. Die Einzelhandelspreise erhöhten sich im April um 18%; im März hatte der Anstieg 18,7% betragen. Aus den 35 großen und mittleren Städten wird eine Teuerungsrate von sogar "nur" 15,2% (Einzelhandelspreise) berichtet. Im gesamten Zeitraum Januar bis April 1995 erhöhten sich die Verbraucherpreise im Vergleich zur Vorjahresperiode um 20,5% und die Einzelhandelspreise um 16,1%. Das Staatliche Statistikamt verweist in seinem Mai-Bericht zwar auf die positiven Ergebnisse der Preiseindämpfungsmaßnahmen, fordert die Regierung jedoch zur Verstärkung der Inflationsbekämpfung auf. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.5.95, nach SWB, 20.5.95)

Ende Mai kündigte der Staatsrat in einem Rundschreiben an, daß von Anfang Juni bis Anfang Juli d.J. eine landesweite Überprüfung der Wirksamkeit von Preiskontrollen durchgeführt werde. Zwar sei der Preisanstieg abgeflacht, doch bestände nach wie vor eine zu hohe Inflationsrate, die weiter zurückgeführt werden müsse. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 27.5.95, nach SWB, 30.5.95)

Wird nicht der Vorjahreszeitraum als Vergleichsperiode, sondern der Vormonat herangezogen, dann ist die Inflationsrate im April sogar wieder gestiegen. Gegenüber März erhöhten sich die Einzelhandelspreise um 0,6% und die Verbraucherpreise um 0,7%; die Getreidepreise stiegen im April um 2,9%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 11.5.95, nach SWB, 13.5.95) Zhu Rongji, stellvertretender Ministerpräsident, bezog sich in einer Rede auf der Nationalen Wissenschaftskonferenz Ende Mai auf diesen Anstieg der Inflation. Als wichtigste Maßnahme zur Eindämmung der Inflation nannte Zhu Rongji die Kontrolle über die Entwicklung der Investitionen und der Ausgaben staatlicher Einheiten für konsumtive Zwecke.

Obwohl der Staatsrat keine neuen großen und mittelgroßen Projekte genehmigte, haben seit Beginn d.J. einige Lokalregierungen, denen offiziell keine ausreichenden Investitionsmittel zur Verfügung stehen, mit dem Bau von neuen Projekten begonnen. Diese Lokalregierungen finanzierten die Investitionen durch nichtgenehmigte Zusammenlegung von Kapital, durch Anhebung von Preisen sowie durch Erhebung von willkürlich festgelegten Quoten und Dienstleistungsgebühren. Die Anzahl der mit öffentlichen Mitteln finanzierten und im Bau befindlichen Projekte belief sich in den ersten vier Monaten d.J. auf 8.325, eine Zunahme um 53,5% gegenüber der Vorjahresperiode. (XNA, 29.5.95) -schü-

*(27)

Wandel in der Ausgabenstruktur der privaten städtischen Haushalte

Das Staatliche Statistikamt veröffentlichte Auszüge aus einer repräsentativen Umfrage in 30.000 städtischen Haushalten zur Ausgabenstruktur der privaten Haushalte.

Ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist, daß sich ein deutlicher Wandel hin zu höheren *Ausgaben für Haus-*

haltsartikel und Wohnung feststellen läßt, während der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel weiter gefallen ist.

Im Jahre 1994 betragen die Pro-Kopf-Ausgaben für Haushaltsartikel und -dienstleistungen 251,4 Yuan, ein Anstieg um 21,4% gegenüber dem Vorjahr. Auf Möbel einschließlich Bettcouchen, Sofas und Schreibtische, auf Artikel der Innenausstattung und auf langlebige Konsumgüter entfiel der Hauptteil der Ausgabensteigerung. Pro 100 Haushalte wurden 1994 u.a. im Durchschnitt 6,5 elektrische Ventilatoren (+6,1% gegenüber 1993), 0,3 Kühlschränke (+11,1%) und 1,75 Klimaanlagen (+98,9%) gekauft.

Eine weitere Veränderung in der Ausgabenstruktur hängt mit der Wohnungsreform zusammen. So erhöhten sich die Pro-Kopf-Ausgaben für die Wohnung um 12,7% gegenüber 1993 und betragen 1994 "bereits" 193,2 Yuan, ein Anteil von 6,8% an den Gesamtausgaben. Innerhalb der Ausgaben für die Wohnung nahmen Zahlungen für Baumaterialien und Reparaturkosten mit einem Anstieg von 64% und 59% besonders stark zu. Die Untersuchung zeigte auch, daß der Pro-Kopf-Kohleverbrauch 1994 gegenüber dem Vorjahr um 4% zurückging, während der Gasverbrauch zugenommen hat.

Der starke Anstieg der Ausgaben für Transport und Telekommunikation stellt eine neue Entwicklung dar. Gegenüber 1993 erhöhten sich die Ausgaben hierfür um 65,6%. Die Ausgaben für Telekommunikation nahmen um 120% und die Ausgaben für die Installation eines Telefons um 160% zu. Die Befragung weist darauf hin, daß die Installation von Telefonen und der Kauf von City-Rufgeräten unter der städtischen Bevölkerung Mode geworden sind.

Als bemerkenswert erwähnt die Untersuchung auch die Zunahme der Ausgaben für medizinische Versorgung (+92,5% gegenüber 1993) und für Bildung (34,7%). Die Pro-Kopf-Ausgaben in der Erwachsenenbildung nahmen um 52,3% zu; die Ausgaben für Lehrmaterial und Nachschlagewerke erhöhten sich um 39,7%.

Im Jahre 1994 gaben die städtischen Konsumenten 390,4 Yuan pro Kopf für Bekleidung aus, 8,8% mehr als 1993. Der überwiegende Teil der Bekleidungsausgaben entfiel auf Fertigtbekleidung (60,5%). Die Befragung weist abschließend darauf hin, daß die städti-

schen Haushalte bereit sind, für Kultur und Freizeit mehr Geld auszugeben. So stiegen diese Ausgaben um 31,1% im Jahre 1994 und beliefen sich auf pro Kopf 55,1 Yuan. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 30.4.95, nach SWB, 10.5.95) -schü-

*(28)

Mehr Einzelhandelsketten

Die Nachrichtenagentur Zhongguo Xinwen She berichtete Ende April 1995 über die Situation der Einzelhandelsketten in den Städten. Ungefähr 150 Unternehmen sollen dem Bericht zufolge inzwischen mehr als 2.000 Filialgeschäfte betreiben. Mit 30 Unternehmen, die rd. 1.000 Filialgeschäfte betreiben, steht Shanghai an erster Stelle. In Beijing gibt es ca. 25 Unternehmen, die rd. 300 Filialgeschäfte unterhalten.

Dem Bericht der Agentur nach wurden in den letzten Jahren weitere Fortschritte bei der Modernisierung der Einzelhandelsgeschäfte gemacht. In die Umgestaltung der Geschäfte für den Getreideverkauf in Shanghai flossen Kredite in Höhe von 40 Mio. Yuan im Jahre 1993. Weitere 421 solcher Geschäfte wurden 1994 modernisiert und zum ersten Male auch Einzelhandelsketten in Shanghai eingeführt. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 29.4.95, nach SWB, 10.5.95)

Für die Entwicklung von Einzelhandelsketten wurden von der Industrie- und Handelsbank in den letzten zwei Jahren insgesamt Kredite in Höhe von 1,5 Mrd. Yuan vergeben. Der Hauptteil dieser Kredite floß in die Städte Shanghai, Beijing, Tianjin, Guangzhou, Wuhan und Xiamen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 8.5.95, nach SWB, 17.5.95)

Auch im Einzelhandelssektor können unter bestimmten Beschränkungen ausländische Unternehmen aktiv werden. In Hongkong, das bei der Beteiligung im Einzelhandelssektor führend ist, fand Ende Mai ein Seminar zur Gründung von Warenhausketten auf dem chinesischen Festland statt. Das Seminar wurde gemeinsam vom Hongkong Trade Development Council und dem festlandchinesischen Ministerium für Binnenhandel veranstaltet. Während des Seminars wurde eine Anzahl von rd. 300 Warenhäusern in China genannt, die im Durchschnitt ein Umsatzvolumen von über 100 Mio. Yuan aufweisen. (XNA, 26.5.95)

Während des Seminars wurde von Vertretern des Hongkong Trade Development Council auf mögliche Risiken für ausländische Investoren bei einer Beteiligung an Warenhausketten hingewiesen. So sei die Struktur des Einzelhandels noch zu unterentwickelt, um erfolgreich Warenhausketten zu betreiben. Auch hätten Warenhausketten 1994 Verluste durch schlechtes Management und Fehlentscheidungen bei der Akquisition hinnehmen müssen. Nach Einschätzung des Präsidenten der China Megastore-Gruppe können bestehende Barrieren hinsichtlich Kapital- und Fachkräftemangel durchaus überwunden werden, es müsse jedoch nun der erste Schritt gemacht werden. Die China Megastore-Gruppe besteht u.a. aus 54 großen festlandchinesischen Warenhäusern, die in 24 Provinzen aktiv werden will. Zur Gruppe zählen die Unternehmen Best Honest International Holdings, Hong Kong Connet International Development, Shanghai No. 1 Department Store, Shanghai City Megastore International und Shanghai Buyecheng United Development. (SCMP, 27.5.96) -schü-

*(29)

Beschäftigung und Einkommen

Auszüge aus dem Bericht des Staatlichen Statistikamtes und des Arbeitsministeriums weisen die Gesamtzahl der Beschäftigten im Jahre 1994 mit 614,69 Mio. Personen aus, von denen 148,49 Mio. städtische Arbeiter und Angestellte waren. Die Arbeitslosigkeit in den Städten wird offiziell mit 2,8% angegeben. (Central People's Broadcasting Station, Beijing, in Chinese, 13.5.95, nach SWB, 25.5.95) Für 1994 will das Arbeitsministerium die städtische Arbeitslosigkeit nicht über die 3-Prozent-Marke steigen lassen. (Zhongguo Xinwen She News Agency, in English, 25.4.95, nach SWB, 3.5.95)

Dem Bericht nach belief sich das Durchschnittseinkommen der städtischen Beschäftigten auf 4.538 Yuan. Gegenüber 1993 erhöhte sich das Einkommen um nominal 34,6% und real um 7,7%. Zwischen den verschiedenen Regionen Chinas nahmen die Einkommensunterschiede auch 1994 weiter zu. In 13 Regionen mit Provinzstatus wurden 1994 gesetzliche Mindestlöhne und eine provinzzweite Rentenversorgung eingeführt. (Central People's Broadcasting Station, Beijing, in Chinese, 13.5.95, nach SWB, 25.5.95)

Auch in den ersten drei Monaten erhöhten sich die Reallöhne der städtischen Beschäftigten. Das Staatliche Statistikamt gibt die Zunahme für das 1. Quartal mit real rd. 6% bekannt. Während der Anstieg der Löhne in den Regionen mit hohem Wachstumstempo zurückgegangen ist, beschleunigte sich die Zunahme der Löhne in den relativ geringer entwickelten Regionen. (XNA, 12.5.95) -schü-

*(30)

Reform der Staatsbetriebe 1995: Fortschritte nur im Schnecken tempo?

Um die Umsetzung der Reform staats-eigener Unternehmen voranzutreiben, wird die Regierung in diesem Jahr dem Konkursantrag von 83 Unternehmen zustimmen. Nach Angaben von Wang Zhongyu, Vorsitzender der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel, wurden 18 Pilotstädte für die experimentelle Durchführung der Reformen ausgewählt. In den 18 Städten sollen 159 Unternehmen Konkursanträge gestellt haben; 46 Konkursverfahren wurden bereits abgeschlossen. Bei allen diesen Konkursen konnten jedoch die freigesetzten Arbeitskräfte (zu 99,6% sic!) eine andere Beschäftigung finden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 11.5.95, nach SWB, 13.5.95)

Auf einer Nationalen Konferenz zum modernen Unternehmenssystem, die am 9.5.95 begann, wurde nochmals auf die drei Schlüsselbereiche der Reform staats-eigener Unternehmen hingewiesen. Hierzu zählen die Trennung von Regierungs- und Unternehmensfunktionen, die Verbesserung des Unternehmensmanagements und der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems. In diesem und im nächsten Jahr werde die Reform auf einer Versuchsbasis durchgeführt, um auf der Basis der Erfahrungen neue Regeln und Bestimmungen aufzustellen. Weiterhin müßten in diesem Jahr weitere Fortschritte bei der Bewertung und Überprüfung der Vermögenswerte und Lagerbestände, bei der Reorganisation von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie bei der Durchsetzung von Konkursen gemacht werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 9.5.95, nach SWB, 12.5.95)

Unter der Leitung des State Administration of State Property (SASP) gab es Ende 1994 rd. 2.000 Institutionen, die zur Bewertung von Unternehmen zugelassen sind. (XNA, 30.5.95)

In einem Xinhua-Bericht vom 9.5.95 wird nochmals auf den Inhalt des Begriffs "Trennung von Regierungs- und Unternehmensfunktionen" hingewiesen. Hierunter sei zu verstehen, daß die Regierung nicht mehr direkt in die Entscheidungen der Unternehmen eingreifen, sondern nur noch makroökonomische Kontrolle ausüben dürfe. Gleichzeitig müsse sie den Unternehmen bei der Lösung ihrer drängenden Probleme wie hohe Verschuldung und Kapitalknappheit helfen.

In der Hongkonger *Zhongguo Tongxun She* erschien Anfang Mai ein Artikel, in dem von einer Schwerpunktverlagerung bei der Reform der staats-eigenen Unternehmen berichtet wird. So werde bei der Reform weniger das Ziel der umfassenden Umgestaltung der Staatsunternehmen durch Klärung der Eigentumsrechte und Konkursklärung von Verlustunternehmen verfolgt, sondern die Verbesserung des Unternehmensmanagements sei wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Ursächlich für diese Verlagerung des Reformschwerpunktes sei der geringe Erfolg, der mit der Neustrukturierung der Eigentumsrechte verbunden gewesen sei. Da die entsprechenden Bestimmungen nicht nachdrücklich genug implementiert worden wären und der Aufbau des sozialen Sicherungssystems noch nicht abgeschlossen wäre, seien zahlreiche Probleme entstanden. Hierzu zählten die hohen Verluste an staatlichen Vermögenswerten sowie die Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Insgesamt sei das Ziel nicht erreicht worden, die staats-eigenen Unternehmen zu beleben.

Ein weiterer Grund für die Forderung, des Managementniveau in den staats-eigenen Unternehmen als zentralen Aspekt der Unternehmensreform herauszustreichen, seien die durch schlechtes Management entstehenden hohen Verluste. Einer Untersuchung zufolge gingen 70% der Verluste in den staats-eigenen Unternehmen auf Mißmanagement zurück. Allerdings seien manche Managemententscheidungen wie Entlassungen, Zuteilung von Löhnen und Boni sowie Sanktionierung schlechter Managemententscheidungen unter den Bedingungen öffentlichen Eigentums sehr schwierig. Deshalb müßten zunächst die Regierungs- und Unternehmensfunktionen getrennt und ein soziales Sicherungsnetz aufgebaut werden. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 8.5.95, nach SWB, 30.5.95)

Daß die Umwandlung der Staatsbetriebe nur im Schnecken tempo voranschreitet, kann auf die unterschiedlichen Positionen zurückgeführt werden, die zur Reform bestehen. Nach Einschätzung eines Vertreters der Staatlichen Kommission zur Reform des Wirtschaftssystems habe die Debatte, ob zuerst die Regierungs- und Unternehmensfunktionen zu trennen sind, oder ob zuerst das Management in den Unternehmen verbessert werden muß, die Diskussion verhärtet. (SCMP, 11.5.95)

Auch in den ersten drei Monaten d.J. hat sich die Situation der staats-eigenen Unternehmen nicht verbessert. Gegenüber den Verlusten Ende 1994 betrug der Anstieg der Verluste im 1. Quartal 4,16%. (SCMP, 25.5.95) -schü-

*(31)

Unterstützung effizienter Unternehmen

In den 18 Pilotstädten erhalten effiziente Unternehmen besondere Anreize. So wurden ihnen im letzten Jahr 15% der Einkommensteuer zurücküberwiesen. Die Städte können solchen Unternehmen auch einen höheren Anteil der Gewinne nach Steuern zur Ausweitung der Produktion bereitstellen oder spezielle Fonds zur Unterstützung dieser Unternehmen gründen. Ein Beispiel hierfür ist Qingdao. In dieser Stadt in der Provinz Shandong wurde ein Fonds für die Entwicklung der Unternehmen mit einem Volumen von 230 Mio. Yuan gegründet, der 17 Unternehmen mit Zahlungen in Höhe von 174 Mio. Yuan unterstützte. Shanghai plant ebenfalls eine Fondsgründung mit einem Volumen von rd. 400 Mio. Yuan, der zur Hälfte von der Stadtregierung und zur Hälfte von Unternehmen getragen werden soll. (XNA, 12.5.95)

Um das technische Niveau der staats-eigenen Unternehmen zu erhöhen, werden in diesem Jahr Finanzmittel in Höhe von 5,6 Mrd. US\$ bereitgestellt. Die Investitionen sollen vor allem in die technologische Erneuerung und Entwicklung neuer Produkte fließen. Allerdings sollen die Mittel, so der stellvertretende Finanzminister Zhang Youcai, überwiegend den leistungsfähigen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Zhang Youcai wies in einem Artikel in der *China Daily* darauf hin, daß die Investitionen in die technologische Erneuerung der staats-eigenen Unternehmen in

den letzten Jahren schrittweise erhöht wurden. Im letzten Jahr seien beispielsweise rd. 40 Mrd. Yuan (4,8 Mrd. US\$) aus dem Haushalt hierfür zugeteilt worden, das Doppelte der Mittel für diesen Zweck im Jahre 1992. Die Gesamtsumme für technologische Erneuerung der Unternehmen seit 1978 betrage rd. 119 Mrd. US\$. (*China Daily*, Business Weekly, 7.5.95) -schü-

*(32)

Bankgesetz: wichtiger Schritt zur Reform des Bankensystems

Der Ständige Ausschuß des 8. NVK hat am 10.5.1995 das lang erwartete Geschäftsbankengesetz beschlossen, das zum 1. Juli d.J. in Kraft treten wird. (Siehe hierzu den Abdruck in *Jingji Ribao*, 12.5.1995, S.2: "Zhonghua Renmin gongheguo Shangye Yinhang Fa"; übersetzt in: *Xinhua News Agency*, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 11.5.95, nach SWB, 18.5.95: "Commercial Bank Law of the People's Republic of China")

Von den Bankdirektoren der insgesamt 15 Geschäftsbanken wurde das Gesetz sehr positiv aufgenommen, da hiermit der rechtliche Rahmen für die Bankaktivitäten, die Beziehung zwischen Bank und Regierungsorganen sowie zwischen Bank und Unternehmen klar definiert ist. Nach Einschätzung von Zhang Xiao, Direktor der Industrial and Commercial Bank of China, dürfe sich nun niemand mehr in die Kreditpolitik der Banken einmischen; mit Hilfe des Gesetzes könnten die Interessen der Banken geschützt werden. Wang Yuebin, Direktor der Bank of China, verspricht sich vom Gesetz eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Erleichterungen bei der Expansion der internationalen Aktivitäten seiner Bank. (XNA, 13.5.95)

Folgende Inhalte des Bankgesetzes sind vor allem hervorzuheben:

Selbständigkeit der Banken:

"Die Geschäftsbanken arbeiten nach den Prinzipien der Effizienz, Sicherheit und Liquidität; sie arbeiten unabhängig; sie tragen das eigene Risiko; sie übernehmen ausschließlich die Verantwortung für Gewinne und Verluste; sie arbeiten unter Selbstbeschränkungen. Die Banken führen ihre Geschäfte in Übereinstimmung mit dem Gesetz durch; Einheiten oder Privatpersonen dürfen in diese Geschäfte nicht eingreifen. (Kap.

1, Art.4) Die Geschäftsbanken unterliegen der gesetzlichen Aufsicht und Kontrolle durch die Zentralbank." (Art. 10)

Nach Li Yining, Professor an der Beijing-Universität und stellvertretender Vorsitzender des NVK-Rechtskomitees, wird die Umsetzung dieser Gesetzesinhalte noch längere Zeit dauern. Die tatsächliche Unabhängigkeit der Banken gegenüber Lokalregierungen und Unternehmen setze das Bemühen auf allen Seiten voraus. Vor allem den Regierungsvertretern könnte eine Umstellung ihres Verhaltens schwer fallen, da sie daran gewöhnt seien, Anweisungen für Kredite zu geben. (ASWJ, 12./13.5.95)

Schutz der Einleger

"Geschäftsbanken sollen private Bankeinlagen nach den Prinzipien der freiwilligen Einlage, des freien Abhebens von Geld, der Verzinsung von Einlagen sowie der Geheimhaltung der Bankeinleger behandeln. Von gesetzlichen Ausnahmen abgesehen, haben Geschäftsbanken das Recht, Auskünfte über das Einfrieren, das Zurückhalten oder den Transfer privater Spareinlagen einer Einheit oder einer Privatperson zu verweigern." (Art. 29)

Kreditbestimmungen:

Im Kapitel 4 "Grundregeln der Kreditvergabe und andere Geschäftsaktivitäten" sind folgende Bestimmungen zu erwähnen:

"Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken unterliegt der Anleitung durch die staatliche Industriepolitik (zai guojia shangye zhengce zhidaoxia) und erfolgt unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. (Art.34) Bei der Kreditvergabe muß die Geschäftsbank eine genaue Überprüfung der beabsichtigten Kreditverwendung, der Fähigkeit zur Kreditrückzahlung, Rückzahlungsmethoden etc. durchführen..." (Art.35) "Keiner Einheit oder Privatperson ist es gestattet, die Geschäftsbank zur Kreditvergabe oder Bereitstellung von Garantien zu zwingen. Die Geschäftsbank hat das Recht, sich dem Versuch einer Einheit oder einer Privatperson zu widersetzen, die Kredite oder Garantien erzwingen wollen." (Art. 41)

"Einer Geschäftsbank ist es nicht gestattet, Investitionen in intermediäre Finanzinstitute durchzuführen oder sich im Aktienhandel in den Grenzen der VR China zu engagieren; auch Immobilieninvestitionen, soweit es nicht um den eigenen Bedarf geht, sind untersagt." (Art.43)

Auch die Umsetzung dieser letzten Bestimmung wird in der Praxis noch einige Zeit dauern, da die bestehenden Treuhand- und Investmentgesellschaften sowie die Wertpapierhäuser von den Staatsbanken gegründet wurden. Zum Beispiel sind die drei größten Wertpapierhäuser, die China Southern Securities, Huaxia Securities und Guotai Securities, finanziell abhängig von drei wichtigen staatlichen Banken, nämlich der Bank of Agriculture, der Industrial and Commercial Bank und der Bank of Communication. (SCMP, 15.5.95)

Mit dieser restriktiven Bestimmung, so Li Yining, sollen sich die Banken auf das Kreditgeschäft konzentrieren. Auch der Einsatz von Einlagen zu Spekulationszwecken soll damit wohl unterbunden werden. (SCMP, 12.5.95)

Zumindest theoretisch sind die Banken nunmehr wirtschaftlich autonom und haben nicht mehr die Funktion von "Ladenkassen", in die ungehindert hineingegriffen werden kann. Allerdings werden die Banken noch eine längere Übergangszeit benötigen, um die gesetzlichen Auflagen umzusetzen. (FT, 12.5.95; SCMP, 12.5.95)

Zeitgleich mit dem Bankgesetz wurde das Gesetz über Order- und Inhaberpapiere (Schecks, Wechsel etc.) genehmigt, das zu 1. Januar 1996 in Kraft treten wird. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 12.5.95, nach SWB, 30.5.95) -schü-

*(33)

Staatsrat genehmigt erste Privatbank

Nachdem die Genehmigung des Staatsrats zur Gründung einer ersten Privatbank vorliegt, wird die China Minsheng Bank innerhalb von rd. sechs Monaten ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die neue Bank hat die rechtliche Form einer Aktiengesellschaft; die Aktionäre sind Mitgliedunternehmen des Gesamtchinesischen Industrie- und Handelsverbandes. Das Grundkapital der Bank wird mit 3 Mrd. Yuan angegeben. Die Bankzentrale wird in Beijing sein, doch sind in- und ausländische Niederlassungen geplant.

Nach Angaben von Jing Shuping, Vorsitzender des Gesamtchinesischen Industrie- und Handelsverbandes, soll die Bank vor allem Kredite an private Unternehmen vergeben und damit die Entwicklung des privaten Sektors för-

dern. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 23.5.95, nach SWB, 25.5.95)

In einem Bericht der *International Herald Tribune* vom 4.5.95 findet sich ein Hinweis auf eines der zwölf Privatunternehmen, das sich an der Bankgründung beteiligen wird. Hierbei handelt es sich um die Hope Group Ltd. aus der Provinz Sichuan, die rd. 10.000 Beschäftigte aufweist und u.a. 32 Viehfutterfabriken in 20 Provinzen betreibt. Nach Einschätzung der Eigentümer dieses Unternehmens wird die Bank attraktiv für die "Neureichen" sein, die dort ihre Gelder anlegen und Kredite erhalten. -schü-

Taiwan

*(34)

Gegenseitige Anerkennung mit Papua-Neuguinea

Am 22.Mai haben Außenminister Qian Fu (Fredrick Chien) und der Vizepremier von Papua-Neuguinea, Chris Haiweta, ein Gemeinsames Kommuniqué zur gegenseitigen Anerkennung beider Staaten unterzeichnet. Papua-Neuguinea unterhält seit 1976 diplomatische Beziehungen zu Beijing. Taiwan hat 1990 in Port Moresby, der Hauptstadt von Papua-Neuguinea, eine Handelsmission mit diplomatischem Status errichtet. Eine im selben Jahr von dem südpazifischen Staat in Taipei eröffnete Honorarrepräsentation wurde im August des letzten Jahres zum Honorarkonsulat angehoben. Im Gemeinsamen Kommuniqué zur gegenseitigen Anerkennung wurde eine Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten nicht erwähnt. Ziel ist, so heißt es, vor allem die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Technologie "gemäß den völkerrechtlichen Prinzipien" zu entwickeln.

Im Gegensatz zu Beijing hat die Regierung Taipei unter dem Motto "pragmatische Diplomatie" seit einigen Jahren bereits den Anspruch auf die Alleinvertretung für ganz China aufgegeben. Bei der Bekanntgabe des oben genannten Gemeinsamen Kommuniqués betonte der Stellvertretende Außenminister Fang Jinyan (Fang Chin-yen), daß durch die gegenseitige Anerkennung mit Papua-Neuguinea die Tatsache der

Existenz der Republik China (Taiwan) in der internationalen Gesellschaft noch einmal bestätigt worden sei. Vor Papua-Neuguinea hatte ein anderer südpazifischer Staat, Vanuatu, trotz seiner vollen diplomatischen Beziehungen zu Beijing am 24.September 1992 mit der Republik China auf Taiwan ein ähnliches Kommuniqué zur gegenseitigen Anerkennung unterzeichnet. (LHB und CP, 27.5.95; ZYRB, 28.5.95)

Gegenwärtig unterhält Taipei nur mit 29 Staaten volle diplomatische Beziehungen: 16 in Lateinamerika, 8 in Afrika, 4 im südpazifischen Raum und einer in Europa (Vatikanstadt). Darüber hinaus ist Taiwan noch in einigen internationalen Organisationen auf Regierungsebene vertreten wie ADB (Asian Development Bank), ICAC (International Cotton Advisory Committee), APO (Asian Productivity Organization), AARRO (Afro-Asian Rural Reconstruction Organization), CABEI (Central American Bank for Economic Integration), APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation), PECC (Pacific Economic Cooperation Council) und PBEC (Pacific Basin Economic Council) (*The Republic of China Yearbook 1994*, S.178 f.). Am 29.September 1992 erhielt Taiwan wieder einen Beobachterstatus im GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Im Hinblick auf ihren Anspruch auf die Souveränität über Taiwan besteht die VR China darauf, vor Taiwan dem GATT und dessen Nachfolgeorganisation WTO (World Trade Organization) beizutreten. Darüber hinaus darf Taiwan statt seines offiziellen Staatsnamens nur die Bezeichnung "Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu" oder die Abkürzung "Chinesische Taipei" benutzen (C.a., Nov. 1992, Ü 43). Auch in anderen internationalen Organisationen, in denen Beijing ebenfalls Mitglied ist, wurde Taipei gezwungen, den Namen "Taipei, China" oder "Chinesische Taipei" zu verwenden. -ni-

*(35)

"Exterritoriales Schiffahrtszentrum" für Gütertransithandel von und nach dem chinesischen Festland eröffnet

Im ersten Quartal d.J. erreichte der Warenaustausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße dem Außenhandelsamt des Taipeier Wirtschaftsministeriums zufolge eine Werthöhe von 4,7 Mrd.US\$, 40% mehr als im Vorjahreszeitraum. Während Taiwans Exporte nach dem chinesischen Festland um

34% auf rd. 4 Mrd.US\$ stiegen, hatten die Importe aus dem Festland mit 0,7 Mrd.US\$ eine Zunahme von 98% zu verzeichnen. Daraus ergab sich ein Handelsüberschuß von 3,3 Mrd.US\$ für Taiwan, 25% mehr als vor einem Jahr. Im Hinblick auf die rapide Steigerung der Importe als Folge der ständigen Reduzierung des Einfuhrverbots von Waren aus dem Festland rechnet das Außenhandelsamt aber damit, daß Taiwans Handelsüberschuß gegenüber dem Festland in zehn Jahren auf Null sinken wird. (LHB, 31.5.95)

Aus politischen Gründen besteht in Taiwan z.Z. nicht nur immer noch eine starke Einschränkung der Gütereinfuhren aus dem chinesischen Festland, sondern auch nach wie vor ein strenges Verbot direkter Handelsverbindungen zwischen beiden Seiten. Der Warenaustausch mit dem Festland wird über Dritorte, vor allem Hongkong, getätigt. Im Hinblick auf die Rückgabe der britischen Kolonie 1997 an Beijing hat die Regierung Taipei am 4.Mai die Errichtung eines "exterritorialen Schiffahrtszentrums" (*jingwai hangyun zhongxin*) in der südtaiwanesischen Hafenstadt Gaoxiong (Kaohsiung) beschlossen, um damit in Zukunft Hongkong zu ersetzen. Nach dem Plan dürfen im ersten Schritt ausländische Containerschiffe einschließlich FOC (flag of convenience, d.h. also einheimische Schiffe unter ausländischer Flagge) zwischen Gaoxiong und den Häfen des chinesischen Festlands verkehren. Ihnen wird aber nur erlaubt, Güter aus Drittregionen nach dem Festland oder umgekehrt im "exterritorialen Schiffahrtszentrum" von Gaoxiong umzuladen. Taiwans Güter nach dem Festland oder Festlandsgüter nach Taiwan können nicht über das "exterritoriale Schiffahrtszentrum", sondern müssen weiter über Drittregionen befördert werden. Damit soll das Verbot der direkten Verkehrs- und Handelsverbindung formell nicht aufgehoben sein, so heißt es. Nach der offiziellen Definition gilt solcher Schiffsverkehr gemäß der neuen Regelung weder als "internationale" noch als "inländische" Linienfahrt, sondern als "Sonderlinienfahrt". (LHB und CP, 5.5.95; ZYRB, 6.5.95)

Wie berichtet (C.a., Jan. 1995, Ü 32), hat die Regierung Taipei Anfang d.J. den ehrgeizigen Plan beschlossen, Taiwan bis zum Jahr 2005 zu einer neuen Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzdrehscheibe im asiatisch-pazifischen Raum zu entwickeln. Dem Verkehrsministerium zufolge können noch weite-